

Calmer Calblatt

Nr. 87.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Pfg.,
Mitteln 30 Pfg. — Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Montag den 14. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung M. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Orts- u. Nachbarortbezirk M. 2.75, im Fernort M. 2.85, Beleggeld 30 Pfg.

Sturz der Räteregierung in München. — Unruhen im Reich. — Der kommende Gewaltfrieden.

In München ist die Räteregierung durch die Garnison München gestürzt worden, der sich immer mehr ordnungsliebende Elemente angeschlossen hatten. Auch im Lande draußen haben die Anhänger der Regierung Hoffmann wieder die Oberherrlichkeit erhalten. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag hatten die Kommunisten zwecks Erweiterung ihrer Anhängerzahl noch beschlossene, alle Häuser und Wohnungen zu enteignen, die Verbrüderung mit Rußland und Ungarn wurde ausgesprochen, und der Krieg mit Preußen in allen Verammlungen verkündet. Es war eine Verhaftungskommission gebildet worden, die verschiedene höchstehende Persönlichkeiten als Geiseln festnahm. Der Sturz der Räteregierung hat sich mit größter Ruhe vollzogen. Als die Münchener Bevölkerung gestern früh aufwachte, erfuhr sie durch Plakate, daß sie vom Bolschewismus befreit sei, und daß der Münchener Garnisonrat im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung die Militärdiktatur errichtet hatte. Von den Führern der Kommunisten sind die meisten verhaftet, doch den schlimmsten Bruder, den Ruffen Dr. Lewin, hat man anscheinend nicht fassen können. Er soll mit 2 Millionen Staatsgeldern nach der Schweiz entflohen sein.

Während man in Bayern daran geht, Ordnung zu schaffen, sind in Sachsen Unruhen ausgebrochen. Die Reichsregierung hatte einen Erlaß bekannt gegeben, daß die Löhnungen mit Zuschlägen für Unteroffiziere und Mannschaften erniedrigt würden. Darauf zogen Verwundete der Dresdener Kaserne vor das Kriegsministerium um gegen die Herabsetzung der Löhnung zu demonstrieren. Eine Abordnung wurde vom Kriegsminister empfangen. Im Lauf der Verhandlung stellte sich zu den Verwundeten und Kriegsbeschädigten eine Anzahl bewaffneter Soldaten, die in das Innere des Ministeriums eindringen. Ein junger als Ordnung angestellter Soldat warf in der Verwirrung einige Leuchtbomben unter die Menge, die niemand zerlegen konnten. Auf diesen Vorfall hin wurde das Ministerium gestürzt, der Kriegsminister wurde auf die Straße geschleppt, schwer mißhandelt, und in die Elbe gestürzt, wo er ertrunken wurde. Man hat für diese bestialische Handlungswiese keine Worte, und wir müssen eben immer wieder darauf hinweisen, daß solche Schandtatzen, die nur von den verbrecherlichsten Elementen ausgeführt werden können, zum großen Teil auf eine zu nachgiebige Haltung der Regierung zurückzuführen ist. Solche Elemente können nur durch größte Strenge im Zaum gehalten werden. Wir befinden uns mit dieser Anschauung durchaus im Einklang mit dem sozialistischen Hauptorgan, dem „Vorwärts“, welcher zu den Vorgängen in Dresden schreibt: „Mit nichts als Duldbarkeit ist es nicht zu erreichen, das Maß von Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen, ohne welches Leben und Wiederaufbau unmöglich sind. Hinterheiten, die bis zum Verbrechertum anmaßt sind, muß gezeigt werden, daß der souveräne Volkswille nicht mit sich spassen läßt.“ Aus diesen Gesichtspunkten heraus hat wohl auch die Reichsregierung dem sächsischen Ministerium Hilfe angeboten, jedoch eventuelle nachträgliche Punkte unterdrückt werden könnten. Auch in Braunschweig, dem Eldorado der Kommunisten, soll nun endlich Ordnung geschaffen werden. Das Regierungskorps des Generals Merker hat vom Reichswehrminister Befehl erhalten, zur Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr, der seit einigen Tagen gestört war, sowie zur Verhütung von Gewalttätigkeiten an Beamten in Braunschweig einzumarschieren. Es wird dort nicht ohne Blutvergießen abgehen; die Spartakisten haben auf der Straße Magdeburg-Braunschweig schon die Weichen und Stellwerkschlagen zerstört und in verschiedenen Städten Braunschweigs soll Anarchie, d. h. der Pöbel herrschen. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk geht der Streik und damit die Unruhe weiter. In Düsseldorf haben die Spartakisten den Hauptbahnhof angegriffen, und sind mit Maschinengewehren und Gewehren gegen die Regierungstruppen vorgegangen. Es fand ein heftiger Kampf statt, bei dem die Regierungstruppen mit Geschützen eingriffen. Die Stadt hat schwer gelitten. Massen und Leutungen der Fernsprecheinrichtungen liegen zertrümmert am Boden, Fensterhebeln sind zertrümmert, Dächer abgedeckt und ganze Stadtwerke zusammengefallen.

Und während bei uns im Innern der Bürgerkrieg weiter untern letzten Rest von nationalem Empfinden auftritt, scheidet sich die Entente an, die letzte Hand an das Werk des geplanten Gewaltfriedens zu legen, der durch den Völkerverbund auf ewige Zeiten gewährleistet werden soll. Wir haben in den letzten Tagen viel davon lesen können, daß zwischen Clemenceau und Wilson wegen der übertriebenen Forderungen Frankreichs ein ernstlicher Konflikt entstanden sei. Lloyd George soll Anfangs den Amerikanern beigegeben haben, als Clemenceau den Engländern aber durch die Presse drohen ließ, daß dadurch die englisch-französische Rundschaft klüften gehen könne, da hat Lloyd George umgesteckt. Die amerikanische Presse schreibt nun heute entfangungsvoll, Clemenceau könne den Frieden schließen, den er wolle, aber er könne nicht verlangen, daß Amerika ihn garantiere. Nach Ansicht der verständigen Amerikaner treibe Frankreich damit, daß es das Recht verlange, für die Dauer große Teile der Bevölkerung unter sein Joch zu bringen, einem künstlichen Weltfrieden zu, in dem Frankreich nicht instand sein werde, sich anders als mit Hilfe seiner Freunde zu verteidigen. Es ist ganz gut, wenn man den bornierten Franzosen zeigt, daß sie ohne Bundesgenossen ihre Rolle als Großmacht überhaupt schon lange ausgespielt hätten. Aber das amerikanische Rückgrat scheint schon gebrochen zu sein, denn Reuters weiß zu melden, daß die Frage des Saargebietes endgültig gelöst sei. Danach soll Frankreich die Ausbeutung des Kohlenreviers auf immerwährende Zeit erhalten und das volle Eigentum an den Bergwerken. Die Landesverwaltung soll ihm auf 15 Jahre übertragen werden, und — bis dahin ist das Saargebiet französisch wie Elsaß-Lothringen. Die scheinheilige Forderung Wilsons, daß dann abgestimmt werden solle über die künftige Staatsangehörigkeit dieses Landes, ist direkt eine Verhöhnung des Nationalitätenprinzips, denn Wilson weiß doch ganz genau, daß das Saargebiet urdeutsch ist, wie

Strasbourg und das Elsaß es vor den französischen Raubzügen gewesen ist. Zur Ausstellung eines Schuldscheines von 125 Milliarden Franken muß sich Deutschland bei Unterzeichnung des Friedens auch verstehen, ob dabei der heutige deutsche Kurs als Grundlage angenommen wird, ist nicht gesagt. Wäre das der Fall, dann würde es sich um 250 Milliarden handeln.

Das schönste aber, was heute von Paris aus bekannt wird, ist der famose Völkerverbundvertrag, dessen Charakter genau ist, wie wir ihn seit Wilsons Vorschlägen gekennengelernt haben. Die Bestimmungen sind so getroffen, daß dieser Völkerverbund den besten Garantievertrag für die in diesem Krieg erstrebten und erreichten Raubziele der Entente darstellen wird. Es gehört schon eine Portion Unverschämtheit dazu, der Welt einen solchen Vertrag als gerecht anzupreisen. Das hauptsächlichste Merkmal dieses Entwurfs ist, daß die ehemaligen deutschen Kolonien und das Gebiet des türkischen Reiches „im Interesse der Zivilisation“ durch dazu ausgewählte Staaten in der Eigenschaft als Mandatare (Verwalter) des Völkerverbundes veraltet werden. Also die Kolonien sollen einem der größten und tüchtigsten Völker der Welt genommen werden, weil es zur Verwaltung von Kolonien nicht fähig sei. Man denkt dabei unwillkürlich an die Zustände in Irland, Ägypten, Südafrika und Indien, die die Fähigkeit Englands zur Verwaltung fremder Länder aufs beste erweisen. Und das türkische Riesenreich wird ebenfalls verteilt, nur daß die Russen, die eigentlich der Entente mit zum Siege verholfen haben, nichts bekommen sollen. Der Zweck des Völkerverbundes ist, sich dann gegenseitig die Gebiete und die politische Unabhängigkeit zu garantieren. Zugelassen wird in diesem Bund „zukünftig“ jeder Staat werden, dessen Zulassung von zwei Drittel der Staaten genehmigt wird, die ihm bereits angehören. Ein Staat, der den Vertrag bricht, soll so gestraft werden, als habe er eine kriegerische Handlung gegen den Völkerverbund begangen. Alle wirtschaftlichen Beziehungen sollen mit ihm abgebrochen werden. Man sieht, Mittel wird der Völkerverbund also haben; um seinen Landraub und seine wirtschaftliche Herrschaft aufrecht zu erhalten, aber der „Völkerverbund“, den die geplante Menschheit auf Grund der Wilsonschen Heuschrecken erhofft hatte, wird es nicht sein. O. S.

Die Münchener Räteregierung gestürzt.

Wilmars, 13. April. Nach einer Meldung des 1. bay. N. R. aus München ist die Räteregierung durch die Garnison gestürzt worden. Eine Wiederherstellung kommt nicht mehr in Frage. Einzelheiten fehlen. Die bayer. Regierung hat folgende Proklamation erlassen: An das bayer. Volk! Die Münchener Garnison hat die Gewalt Herrschaft in München weggerafft. Das Rathaus der landfremden Eindringlinge ist zusammengefallen. München und ganz Bayern atmet erleichtert auf. Die Gewalt der rechtmässigen Regierung Hoffmann hat sich mit elementarer Kraft durchgesetzt und ist nun auch in München wieder hergestellt. Als Vertreter der Regierung ist mit weitgehenden Vollmachten der Abgeordnete Vogel aus Tübingen nach München entsandt. Seiner Weisungen ist bis auf weiteres unbedingt Folge zu leisten. Er vereinigt in sich die gesamte Civil- und Militärpolizeigewalt in München. Alle bisherigen Anordnungen der Räteregierung sind außer Wirksamkeit gesetzt. Bayern hält treu zu der Regierung Hoffmann. Vereinigt alle eure Kräfte, um die Wiederkehr der soeben niedergeworfenen Gewalt Herrschaft für alle Zukunft unmöglich zu machen und der Regierung den Wiederanbau des zerrütteten bayerischen Staates zu ermöglichen! Nur Ordnung und Arbeit führen zum Ziele. Die Regierung des Freistaates Bayern, der Ministerpräsident Hoffmann.

Ermordung des sächsischen Kriegsministers.

Dresden, 12. April. Das Gesamtministerium erläßt folgende Rundgebung an die Einwohnerstadt von Dresden: Am 12. April nachmittags haben sich Hunderte von kriegsverwundeten Soldaten vor dem Kriegsministerium versammelt. Von Anlaß dazu gab die vom Reich angeordnete Herabsetzung der Löhnung der Unteroffiziere und Mannschaften an den Friedensstand, die aber für Sachsen zunächst keine Anwendung findet. Die sächsische Regierung wird sich unverzüglich an die Reichsleitung wegen Aushebung dieser Verfügung wenden. Ein verbreitetes, aber nachgewiesenermaßen falsches Gerücht, daß der Kriegsminister Neuring Austrag zum Verlesen von Handgranaten gegeben habe, gab Anlaß zu starker Beschädigung und Entzündung des Kriegsministeriums. Kriegsminister Neuring ist auf bestialische Weise ermordet worden. Eine solche Handlungsweise fordert die Regierung zu scharfen Maßnahmen heraus. Der Belagerungszustand wird proklamiert. Wir ermahnen die gesamte Einwohnerstadt zur Ruhe und Besonnenheit. Die Regierung wird unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe treffen. Einwohner von Dresden, verschärfet nicht das Elend der Gegenwart! Not und Entbehrung haben wir alle ertragen. Durch Unbesonnenheit wir eure Lebenszeit nur verlängert. Dresden 12. April. Das Gesamtministerium, i. V. v. Uhlir.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Ein mehrheitssozialistischer Antrag zur Friedenskonferenz. Berlin, 11. April. Zu einer bedeutungsvollen Rundgebung in der Friedensfrage kam es in der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Beratung eines Antrags der Reichssozialisten über die Friedensbedingungen. In dem Antrag wird die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß kein Frieden eingegangen werde, in dem nicht folgende fünf Punkte gewährleistet werden:
1. muß es ein wahrer Frieden der Verbündigung sein;
2. daß der Friede keine Verschärfung gegenüber den 14 Punkten Wilsons enthalten, insbesondere keine Abtretung deutschen Gebietes;
3. die sofortige Aufhebung der Blockade;

4. sofortige Freilassung und Zurückführung der Gefangenen;
5. sofortige Räumung der besetzten Gebiete.
Zur Begründung des Antrags hielt der Präsident der Landesversammlung Leinert eine längere Rede. Bei der Abstimmung des Antrags ergab sich eine große Mehrheit; nur die Unabhängigen waren auf ihren Plätzen sitzen geblieben.

Der Transport der polnischen Truppen durch Deutschland.

Berlin, 12. April. Die Transporte der polnischen Truppen über Koblenz quer durch Deutschland beginnen, wie bereits von der D. M. A. mitgeteilt ist am 16. 4. vormittags. Proviant und Munition werden wahrscheinlich über Stettin befördert. Die erforderlichen Vereinbarungen über Fahrpläne, Verpflegungs-Aufenthalte und so weiter sind von der deutschen Untersuchungskommission für Transportwesen in Spaun und der Eisenbahndirektion des deutschen Generalstabes geregelt. Verpflegungsaufenthalte während der Reise sind für die polnischen Truppen vorgesehen: in Gießen, Wilhelmshöhe, Sangershausen, Frieden, Neudiedendorf, Taucha i. S., Dobbruk, Straheln, Tschirben und Lissa.

Das Saargebiet soll französisch werden.

Berlin, 12. April. Ein Funkpruch aus Lyon vom 11. verbreitet einen Bericht, wonach der Viererrat in der Saargebietfrage eine endgültige Entscheidung getroffen haben soll. Danach soll das Saarbecken Frankreich auf 15 Jahre zuerkannt werden, nach deren Ablauf eine Volksabstimmung stattfinden soll. Es könne erwartet werden, daß das Saarbecken alsdann vollständig französisch geworden sei. Im Saarbecken wohnen zwar 300000 Deutsche, aber man rechne damit, daß sie sich assimilierten werden. — Auch Elsaß-Lothringen hatte sich seit den Raubzügen Ludwigs XIV. verwehrt lassen. So wird das Nationalitätenprinzip gehandhabt.

Belgien und Frankreich.

Amsterdam, 11. April. Laut „Maasbode“ veröffentlicht die Brüsseler „Nation Belge“ einen Artikel von Direktor Renaux aus Paris, in dem der Verfasser zu dem Schluß kommt, daß die Meinung, wonach dem König der Belgier weder militärische Garantien noch finanzielle Entschädigungen, noch Lieferung von Kohlenstoffen, um die er ersucht, zugestanden wurden, hart die Wahrheit streife. Der Verfasser hat außerdem erfahren, daß die Friedenskonferenz einstimmig Genf als Sitz des Völkerverbundes gewählt hat. Bezüglich Luxemburgs schreibt er, Frankreich habe sich so sehr für dieses Land interessiert, daß es sogar ein Referendum über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zu Luxemburg veranlaßt habe. Frankreich erwerbe damit 500 000 Luxemburger und verliere die Freundschaft von 8 Millionen Belgiern. Eine Rundgebung in London für die Aufhebung der Blockade.

Amsterdam, 13. April. „Maasbode“ enthält ein von einem seiner Leser überliefertes Flugblatt, das vor einigen Tagen während der in London auf dem Trafalgar-Platz veranstalteten Rundgebung für die Aufhebung der Blockade verteilt wurde. Darauf sind 2 zum Skelett abgemagerte österreichische Kinder von 7 und 10 Jahren abgebildet, die, wie darunter steht, 23 bzw. 34 Pfund wiegen. Die Abbildungen tragen die Ueberschrift: „Unsere Blockade hat dies verursacht.“ In ganz Europa sterben Millionen von Kindern den Hungertod.

Verschärfung der Lage in Ägypten.

Kairo, 8. April. Reuters meldet: Die zuerst friedliche Haltung der Demonstranten wurde drohender. Später am Tage kam es zu Zusammenstößen mit britischen Truppen, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht wurde und mehrere Personen getroffen wurden. Der Mob ermordete am Abidin-Platz 2 britische Soldaten und entwickelte eine ausgesprochene Feindseligkeit gegen Europäer.

Bermischte Nachrichten.

Spartakistische Absichten auf Wehrlose.

München, 11. April. Nach einer Privatmeldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ fuhr gestern ein Auto mit einigen bewaffneten Leuten an der Chirurgischen Klinik vor, um den dort noch krank darniederliegenden Genossen Auer herauszuholen. Die dort vorhandene Wache rief um militärische Hilfe an und setzte sich den Eindringenden gegenüber zur Wehr. Mit dem Eintreffen der militärischen Hilfe wurden die Eindringlinge entwaffnet und verhaftet.

Gute Aussichten für die Leipziger Messe.

Leipzig, 11. April. Das Messamt teilt mit: Für die Leipziger Frühjahrs-Messmesse vom 27. April bis 3. Mai haben sich bis heute 7200 Ausstellerfirmen angemeldet. In Leipzig bereitet sich alles auf einen glänzenden Besuch der Messe vor, die dem Wirtschaftsleben neue Nahrung zuführen soll. Gerüchte von herrschenden oder bevorstehenden Unruhen sind zweifellos auf eine durch die Vorgänge in München und Magdeburg hervorgerufene Nervosität zurückzuführen. Sie sind jedoch vollkommen unbegründet und eine Störung der Messe wird von keiner Seite angenommen. Noch weniger ist eine Gefährdung der Messebesucher zu denken. Die Eisenbahn hat einen vermehrten Fahrplan für die Messe vorbereitet, der in den nächsten Tagen bekannt gegeben wird.

Unberechtigter Bezug von Arbeitslosenfürsorge in Berlin.

In einem Zentralheim der Berliner Arbeitslosenfürsorge, dem Marzfall, teilte der Vorstand des Ueberwachungsamtes, Schneider, Pressevertretern mit, daß bei einer monatlichen Ausgabe von 30 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung mindestens 6 Millionen unberechtigt bezogen werden, da mindestens 20 v. H. der Anträge betrügerischer Art sind. Zuchthäuser und andere Verbrecher sind Pensionäre der Fürsorge geworden, was ihnen durch raffinierte Fälschungen ein leichtes ist. In 4 Tagen hat ein alter Zuchthäuser allein 2600 „*M* abgehoben!“ Zu den Unberechtigten gehören auch zahlreich Straßenhändler, Spieler aller Art und Mitglieder der Soldatenweh.

tgart
ingen

öchingen.

Calw

Telef. 87.
graphen.

udel.
Quelle

staltassigen
lshenbach.

seitigkeit.

918 beträgt

chdiebstahl-
zahlung ein
undert.
Beitrag an-
satzung be-

ete Agentur.
Stikel.

Umgeg.

bestellkarten“
Vorstand.

n Neckar.
neinbildung,
in den Ver-
-Prosp. frei.

den 14. April
a Hause der
chtsgefängnis,

, 1 Nacht-
1 2tuir.
über und
sowie all-

ktiv. Kolb.

hlen

ige Preise
berstadt.

Fürstliche Schenkungen.

Deffau, 11. April. Das herzogliche Haus hat dem Staat laut „Magdeburger Zeitung“ große Schenkungen gemacht, unter anderem das herzogliche Hoftheater, das gotische Haus mit Gemälden im Werte von vielen Millionen, den herzoglichen Tiergarten, die herzogliche Hofbibliothek, das Archiv und das Dessauer Landesmuseum. Ferner übermies das herzogliche Haus dem Staate Domänen und Forsten im Werte von 20 Millionen, deren Ertragnis der Erhaltung der Kunststätten dienen soll.

Die Engländer in den besetzten Gebieten.

Eine Dame, die mehrere Wochen in der englischen Besatzungszone lebte, übermittelt den „M. N.“ einen Bericht, in dem sie die Eindrücke schildert, die sie dort empfing. Von der Ausübung der Polizeigewalt teilt sie u. a. mit: Schlag 9 Uhr gehen die Patrouillen von sämtlichen Wachen aus, um alles anzuhalten, was ihnen begegnet. Es ist nicht ratsam für Verspätete bei Bekannten zu übernachten, das kostet wenigstens 60 M. Strafe und kommt leicht heraus, da fast jedes Haus Einquartierung hat. Eine Dame wurde in einer Faschingsnacht abgeführt, im weißen Ballkleid verurteilt, 30 Paar Soldatenstiefel zu putzen. Sie hat, zur Verrichtung dieser ungewohnten Arbeit ihr Dienstmädchen telephonisch herbeizurufen, was ihr jedoch mit der Begründung verweigert wurde: „Sie haben das Verbot übertreten; das Dienstmädchen hat nichts getan.“ Nun mußte sie sich in das Unvermeidliche fügen und bis zum Morgen haben die Stiefel und auch das Ballkleid in schönster Weise gegläntzt. Einige Tage später hielten etwa 30 Herren mit ihren Damen eine geschlossene Gesellschaft ab. Englische Offiziere hörten die Musik und ließen die Türen öffnen. Die Herren wurden in Frack und Lackschuhen zur Arbeit, die Damen zur Unternehmung vor einen deutschen und einen englischen Arzt geführt. Letzteres ist auch das Schreckmittel um Freundschaften zwischen deutschen Frauen und englischen Soldaten zu verhindern. Wird eine Deutsche in Begleitung eines Engländers betroffen, so folgt diese Strafe. Die Engländer sind sonst gegen Frauen im allgemeinen außerordentlich höflich. Es mag sein, daß sie dies dazu angehalten werden, um die vielgepriesene englische Ritterlichkeit gegen deutsche Steifheit auszuspielen. Offiziere und Soldaten gehen zum Bürgersteig, um die Frauen vorbeizulassen, bieten ihnen ihre Plätze in Eisenbahnen und Elektrischen an. Die Offiziere halten die Herren beim Einsteigen zurück, um der weiblichen Bevölkerung zunächst Platz zu lassen. Die englischen Soldaten sind kriegerisch und verlangen heim. „Sch hörte öfters sagen: „Wenn ich Urlaub bekomme, lasse ich mich nicht wieder fortgeschicken.“ Die Lebensmittelnot in besetzten Gebieten ist unbildlich. Milch bekommen nur Kinder bis zu 3 Jahren. Die Leute sehen alle grau und krank aus. Jeder sucht von den Fleischbänken der Engländer etwas zu erhalten; aber wenn englische Kommissare gefunden werden, gibt es hohe Strafen.

Steuernarrreteien.

Die alten Römer und Griechen waren bekanntlich findige Köpfe. Sie brauchten viel Geld für den Fiskus und holten Steuern, wo nur irgend möglich. Der römische König Servius Tullius besteuerte den cives Romanus, wenn er auf die Welt kam und wenn er aus der Welt ging. Ledige reiche Römerinnen konnten sich vom Koch der Ehe nur durch starke Steuer loskaufen. Der Kaiser Vespasian erhob sogar eine Kloakensteuer, die bezüglich hygienisch-sanitärer Einrichtungen schlimmer wirkte als die französische Tür- und Fenstersteuer. Die verwickeltesten von allen staatlichen Abgaben des Altertums war aber, wie die „Deutsche Steuerzeitung“ mitteilt, unzweifelhaft die Steuer, die der griechische Kaiser Michael der Paphlagianer (um 1053) seinen Untertanen für die zum Atemholen nötige Zeit auferlegte, die Schnaufsteuer, wie sie der Schwabe heißen würde. Im Mittelalter gab es dann Kontubinatstaxen; gegen einen bestimmte jährliche Abgabe erteilten die Bischöfe dem ihnen untergeordneten Klerus die Erlaubnis, im Kontubinat zu leben. Preußen führte 1702 eine Jungfersteuer ein. Jede Jungfrau, die das 20. Jahr erreicht hatte, mußte einen Taler zahlen, bis es ihr gelungen war, unter die Haube zu kommen oder das 40. Lebensjahr erreicht hatte. Die alten Steuern waren also von den Steuern befreit. Recht einträglich waren auch die Kopf- und Perückensteuern. Bayern erhob auch eine Heiratsteuer. Die absonderlichste Steuer war aber doch die „Larixsteuer“. Jeder Bauer mußte einmal im Jahr zwei Lot Seeliger Salz nehmen und sich mit einem Schein beim Ortschulzen legitimieren. Natürlich verwarfete die fürstl. Kammer die das Mittel liefernden Apotheken selbst.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. April 1919.

Die neue Gemeindeverfassung.

* Die Deutsche Demokratische Partei hatte auf Freitagabend in den „Babilischen Hof“ eine öffentliche Versammlung ausgeschrieben, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Für die Veranstaltung hatten sich zwei Herren zur Verfügung gestellt, die über sehr zeitgemäße Thematika sprachen, und über die Stoffe auch auf Grund ihrer Mitarbeit in den Kommissionen recht ausführliche Auskunft geben konnten. Abgeordneter Staudenmeyer (Calw) sprach über die neue Gemeindeverfassung und Abg. Dr. Wölz über die Verfassung des Volksstaats Württemberg. Der 2. Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Handelschuldirektor Fischer, leitete nach Begrüßung der Teilnehmer und Redner die Veranstaltung mit einem kurzen Hinweis auf die äußere und innere Lage ein, indem er die Schwierigkeiten hervorhob, die sich dem für uns so notwendigen Friedensschluß infolge der feindlichen Rache und Habgier entgegenstellen, und an den verbrecherischen Wahnsinn im Innern erinnerte, der durch den wirtschaftlichen und politischen Egoismus hervorgerufen wurde. Für Württemberg wenigstens sei aber doch ein kleiner Lichtblick vorhanden, daß man wenigstens soweit gekommen sei, die Grundgesetze des neuen Staates teilweise zum Abschluß zu bringen. Abg. Staudenmeyer sprach dann in eingehender, klar verständlicher Weise über die wichtigsten Punkte des neuen Gemeindegesetzes, das in aller nächster Zeit schon auch in unserer Stadt praktisch angewendet werden wird. In dem grundlegenden Auftruf der Volksbeauftragten sei nach der Revolution das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gefordert worden für alle Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts über 20 Jahren auch für die Wahlen zu Gemeindeämtern. Die Herabsetzung der Altersgrenze von 25 auf 20 Jahre sei sehr lebhaft bekämpft worden, zum Schluß habe sich aber die Mehrheit „überzeugen“ müssen, daß es notwendig sei, den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Ursprünglich habe man als Wahlalter das Volljährigkeitsjahr festlegen wollen, aber die Regierung erklärte, daß die Differenz bei Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 21 Jahre nur 38 000 Wähler ausmache, und es werde der Gebante erwogen, das Volljährigkeitsalter auf 20 Jahre herabzusetzen. Es werde nun Aufgabe der Parteien sein, die sich um die Jugend bisher weniger bemüht haben, die Jugend zum politisch geschulten Staatsbürger heranzuziehen, wie es die Sozialdemokratie schon lange mit Erfolg getan habe. Das Wahlrecht der Frauen sei ebenfalls Widerrede von sämtlichen Parteien angenommen worden. Wenn man bedenke, was die Frauen gerade auch im Kriege

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Betreffend die Abhaltung von Unterrichtskursen über Bienezucht.

In kommenden Frühjahr und Sommer sollen an der Landwirtschaftlichen Anstalt in Hohenheim und an der Weinbauschule in Weinsberg sechsstägige Unterrichtskurse abgehalten werden, in welchen den Teilnehmern eine theoretisch-praktische Anleitung zum Betrieb der Bienezucht gegeben werden wird.

Der Unterricht in diesen Kursen ist unentgeltlich, dagegen haben die Teilnehmer, welche das sechzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, für Wohnung und Kost während der Dauer der Kurse selbst zu sorgen.

Der Beginn des Kurses in Hohenheim ist auf Montag, den 19. Mai 1919,

Der Beginn des Kurses in Weinsberg ist auf Montag, den 9. Juni 1919

festgesetzt. Da jedoch nur eine beschränkte Zahl von Teilnehmern gleichzeitig aufgenommen werden kann, bleibt vorbehalten, im Bedarfsfall noch weitere Kurse zu veranstalten und die Angemeldeten einem dieser Kurse, deren Beginn in Hohenheim auf Montag, den 2. Juni 1919,

Montag, den 23. Juni 1919

festgesetzt werden würde, zuzuweisen.

Anmeldungen zu den Kursen, in welchen insbesondere anzugeben ist, wie lange der Angemeldete Bienezucht betreibt und wieviel Vögel er besitzt, wollen nur vor dem 10. Mai d. Js. an die Leiter der Kurse, Oberlehrer Reuschler in Hohenheim und Oberlehrer Lupp in Weinsberg eingereicht werden.

Diesem Angemeldeten, welche nicht mittels besonderen Schreibens auf einen späteren Kurs vermittelt werden, wollen sich am Montag den 10. Mai d. Js., vormittags 8 Uhr im Hörsaal der Ackerbauschule in Hohenheim, bzw. am Montag, den 9. Juni d. Js., vormittags 8 Uhr im Lehrsaal der Weinbauschule in Weinsberg einfinden.

Calw, den 9. April 1919.

Oberamtmann: G. S.

Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über den Verkehr mit Zentrifugen und Buttermaschinen.

§ 1. Zentrifugen im Sinne dieser Verordnung sind Maschinen, die im Schleuderverfahren die Milch in Sahne (Rahm) und Magermilch trennen.

Die Vorschriften dieser Verordnung gelten auch für Teile und Ersatzteile von Zentrifugen und Buttermaschinen.

(Ausführungsbestimmungen der Landesverordnungsstelle. Zu den Zentrifugen und Buttermaschinen, die unter die Bekanntmachung fallen, gehören auch die Haus- und Handbuttermaschinen, deren Verkauf nurmehr also gegen Bezugsschein gestattet ist.)

§ 2. Wer Zentrifugen oder Buttermaschinen zu Eigentum oder zur Benutzung oder unentgeltlich erwerben will, bedarf dazu eines Bezugsscheines.

Der Bezug wird auf Antrag von dem für den Ort der gewerblichen Niederlassung oder in Ermanglung einer solchen, für den Wohnsitz des Erwerbers zuständigen Kommunalverband nach Prüfung des Bedürfnisses erteilt. Er muß den Namen derjenigen Person angeben, für die er erteilt ist. Er ist nicht übertragbar. Die Nichtübertragbarkeit ist auf ihm kenntlich zu machen.

§ 3. Die Abgabe und der Erwerb (§ 2 Abs. 1) von Zentrifugen oder Buttermaschinen darf nur gegen Aushändigung des Bezugsscheines erfolgen.

Der Verkäufer hat die empfangenen Bezugsscheine durch deutlichen Vermerk (Lochen oder dergleichen) ungültig zu machen, zu sammeln und am 1. jeden Monats an den Kommunalverband abzuliefern, in dessen Bezirk er seine gewerbliche Niederlassung oder, in Ermanglung einer solchen, seinen Wohnsitz hat.

§ 7. Der Handel mit Zentrifugen und Buttermaschinen im Umherziehen ist verboten.

Es ist verboten, am Ort der gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus oder außerhalb des Ortes der gewerblichen Niederlassung Zentrifugen oder Buttermaschinen feilzubieten oder Bestellungen bei anderen Personen als bei Kaufleuten, die mit solchen Gegenständen Handel treiben, auszuführen.

(Ausführungsbestimmungen der Landesverordnungsstelle. Auch das Auffuchen von Kaufleuten, die wegen der Anschaffung einer Zentrifuge oder Buttermaschine den Verkäufer oder seinen Vertreter zu einem Besuche auffordern, ist als „Auffuchen von Bestellungen“ zu betrachten und daher unzulässig.)

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung oder die auf Grund dieser Verordnung getroffenen Bestimmungen werden nach § 35 Nr. 4 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (RWB. S. 755) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Auf vorstehende Bekanntmachung wird höherer Wefung zufolge hingewiesen.

Calw, den 10. April 1919.

Oberamtmann Gds.

haben leisten müssen, so dürfte man annehmen, daß ihre Vertreterinnen bei der ihnen gegebenen Geschicklichkeit auch die Interessen der Allgemeinheit zu wahren wissen werden. Das Gemeinbürgerrecht ist für die Wahlberechtigung nicht mehr nötig. Es darf jeder ortsanfässige württemberg. Staatsbürger wählen. Die Kommission hatte zuerst vorgeschlagen, die Wahlberechtigung von einer Parteizeit von mindestens sechs Monaten abhängig zu machen. Es hätten also nur diejenigen wählen dürfen, die mindestens 6 Monate in der Gemeinde anfässig gewesen wären. Die Regierung habe aber gebeten, mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer von dieser Bestimmung vorläufig abzusehen, da jetzt die Kriegsteilnehmer wegen Mangels an Arbeit vielfach den Wohnort wechseln müssen. Später werde die Regierung selbst eine Parteizeit von einem Jahr in Vorschlag bringen. Der Antrag, anstatt der württembergischen Reichsangehörigkeit als genügenden Ausweis für die Wahlberechtigung zu betrachten, habe wenig Anhang gefunden. Die Erweiterung der württembergischen Staatsangehörigkeit werde aber erleichtert, und für eine rasche und energiegeladene Erledigung der Gelüste soll Sorge getragen werden. Militärpersonen sind in ihrem Garnisonsort nur dann berechtigt, wenn sie vorher dort gewohnt haben. Militärbeamte, Offiziere und Unteroffiziere des aktiven Heeres sind selbstverständlich an ihrem Wohnsitz wahlberechtigt. Wähler sind alle Männer und Frauen, die das 25. Jahr erreicht haben. Ein Antrag, das passive Wahlrecht schon mit 20 Jahren zu gewähren, sei mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Das Wahlrecht ruht während der Dauer des Verfalls der bürgerlichen Ehrenrechte. Konturs, die Zuspornung von Gemeinunterstützung oder der Rückstand in der Steuerzahlung berühren die Wahlberechtigung nicht. Beamte und Unterbeamte können ebenfalls in den Gemeinderat gewählt werden. Früher mußten die Unterbeamten ihr Amt niederlegen. Staatsbeamte und Körperschaftsbeamte müssen um Verurlaubung nachsuchen, die ihnen jedoch stets erteilt wird. Für die Anspruchnahme von Gemeinunterstützung (Altenhilfe) ist jedoch das Gemeinbürgerrecht nötig. Bezüglich der Frage der Gemeinververtretung erinnerte der Redner daran, daß der Bürgerausschuß, der bisher als Kontrollorgan eine sehr erprobliche Tätigkeit ausgeübt habe, abgeschafft worden sei. In wichtigen Fragen hätten diese beiden Kollegien ständig zusammengearbeitet. Wie bekannt, dürfen die großen Städte von mehr als 100 000 Einwohner ein Gemeinderatskollegium von 40 bis 72 Mitgliedern wählen, die Städte von 50 bis 100 024 bis 44, die Städte von 10 bis 50 000 18 bis 30, die Gemeinden 1. Klasse (5 bis 10 000) 14 bis 20, die Gemeinden 2. Klasse (1000 bis 5000) 10 bis 16 und die Gemeinden 3. Klasse (unter 1000) 6 bis 12 Mitglieder für den Gemeinderat. Der Referent bemerkte, daß es sich in den größeren Gemeinden (wie es auch schon hier vorgelegen ist) als notwendig erweisen werde, Ausschüsse zur Erledigung der laufenden Geschäfte zu wählen. Die Wahldauer ist auf 6 Jahre festgesetzt; nach 3 Jahren scheidet die Hälfte der Mitglieder aus. Früher sind nach zwei Jahren ein Drittel der Mitglieder ausgeschieden. Die Wahlen zu den Gemeinververtretungen müssen spätestens im Mai stattfinden, und zwar an einem Sonntag. Die Wahldauer ist nicht vorgeschrieben, so daß auf den Gottesdienst und den Umfang des Wählerkreises Rücksicht genommen werden kann. In den Gemeinden mit mehr als 500 W. die Verhältniswahl eingeführt. Das wird nach Ansicht wegen der Schwierigkeit der Berechnung in manchen Gemeinden zu ungunsten der Verhältnisse führen. Das Wesen des Proporzsystems besteht bekanntlich darin, daß die Gemeinderatsplätze unter die Kandidaten der Wahlvorschläge verteilt werden im Verhältnis der ihnen zufallenden Stimmen. „Wilde“ Kandidaten, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, dürfen nicht auf den Wahlvorschlag geschrieben werden. Das Herübernehmen von Namen des einen Wahlvorschlags auf einen andern (Parasitieren) ist in Städten mit über 50 000 Einwohnern nicht gestattet, weil das Stimmengäulen hier eine Nebenarbeit machen würde, und außerdem anzunehmen, daß in großen Städten doch mehr nach politischen Gesichtspunkten gewählt wird. Der Wähler soll dabei auch an politisches Denken gewöhnt werden. Anders sei das in kleineren Städten und Gemeinden, wo die Parteizugehörigkeit hinter dem Ansehen der Person, deren Wissen und Charakter man fenne und schätze, zurücktrete. Deshalb sei auch hier das Parasitieren gestattet worden. Gestattet ist auch bei der Proporzwahl das Häufen der Stimmen auf einen Kandidaten (Kumulieren); dem man bis zu 3 Stimmen geben kann. Natürlich müssen dann soziale andere Namen des Stimmzettels gestrichen werden, daß die Zahl der zu wählenden Gemeinderäte nicht überschritten wird. Wird das unterlassen, so streift die Wahlkommission die 3 untersten Namen von sich aus. Ein Zwang zur Proporzwahl besteht nicht bei Gemeinden, die unter 500 Einwohner haben, falls nicht ein Wahlvorschlag eingereicht wird. Es besteht in diesen Gemeinden natürlich die Gefahr, daß noch im letzten Augenblick von irgend einer politischen oder wirtschaftlichen Interessengruppe ein Vorschlag eingereicht wird, der dann als alleiniger Vorschlag durchgehen würde. Die Wähler müssen sich also vergewissern, daß solche Überumpelungen der Wählerschaft nicht vorkommen. Die Wahllisten müssen vier Wochen vor dem Wahltag aufgestellt sein; für dieses Jahr wurde in Anbetracht der Verhältnisse eine Frist von 3 Wochen gestattet. Zwei Wochen müssen die Listen aufgelegt sein. Die Wahlvorschläge müssen mindestens 12 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Ein Wahlvorschlag muß mindestens von 20 Wählern unterzeichnet sein, und die betreffende Wählervereinigung muß ihn durch ein Stichwort (Partei, Hauptkandidat usw.) kenntlich machen. Gegen seinen Willen kann niemand zur Wahl vorgeschlagen werden; sämtliche Vorschlagslagen müssen ihre Zustimmung schriftlich abgeben. Jeder Bewerber kann nur einmal vorgeschlagen werden. Zwei oder mehrere Vorschläge können miteinander verbunden und gelten dann bei der Stimmerteilung als ein Wahlvorschlag, was mitunter zur Vermehrung der Sitzzahl beitragen kann. Diese Verbindung von Wahlvorschlägen muß 6 Tage vor dem Wahltag beim Vorsitzenden der Wahlkommission angemeldet werden. Die Feststellung der Gewählten erfolgt durch ein rein mathematisches Teilungsverfahren. Die höchste Stimmenzahl wird durch 2, 3, 4 usw. geteilt, und zwar solange bis soviel Hähnen herauskommen, als Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind. Der Redner gab einen interessanten Überblick über die Verteilung der Sitze, wie sie im hiesigen Gemeinderat nach den bei den letzten Wahlen abgegebenen Stimmen sich gestalten würde. Die Deutsche Demokratische Partei hätte damals 1226 Stimmen erhalten, Bürgerpartei und Bauern zusammen 491, Sozialdemokratie 1007 und das Zentrum 131. Bei der Verteilung von 20 Sitzen würde die Deutsche Demokratische Partei nach diesem Stimmenverhältnis Anspruch auf 9 Sitze haben, die Bürgerpartei auf 3, die Sozialdemokratie auf 7 und das Zentrum auf 1. Bei der Aufstellung der Sitze würde die Deutsche Demokratische Partei den 1., 3., 6., 8., 11., 12., 14., 17. und 20. erhalten. Die Bürgerpartei den 5., 10. und 16., die Sozialdemokratie den 2., 4., 7., 9., 13., 15. und 18., das Zentrum den 19. Diese Lokation ist wichtig, weil bei der Aufstellung der Gemeinderatsmitglieder nach 3 Jahren die letzte Hälfte der Gewählten austritt. Durch das Proporzsystem werde es allen Parteien ermöglicht, Vertretungen auf dem Rathaus zu erhalten. Die Volkspartei habe

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden!

daß ihre Ver...
werden. Das
nicht mehr
Staatsbürger
geschlagen, die
indessens jedr
von diejenige
Gemeinde an
gebenen, mit
stimmung von
wegen. Man
nüssen. Später
einem Jahr in
würde. Man
sowas für die
inlang ge
ausangehö
und entgeg
getragene
ort nur w
den. Mit
den Verze
igt. Wä
erreich
Jahren zu
worden. D
s der b
ahme von
Vertrag
und Unter
wählt werden.
en. Stra
Verlaubung
für die
de) ist jed
frage der
daß der B
sehr ersch
den sei. In
ständig zu
Stille von
Stollgum
von 100
bis 100
s 30, die
Gemeinde
meinen 3. K
einderat. Der
en Gemein
endig erw
Geschäfte zu
estgelegt; nach
Früher sind
ausgesch
ten wästel
g. Die Wä
Gottesd
nommen we
n W
Anficht we
Gemeinde
s Prorog
einderatspl
ist werden
im Bilde
Kand
rten nicht
auf
bernehmen
einen and
hochern n
Kleinarb
ah in gro
nten gewä
es Denken
gitten und
e und schä
ieren g
l das Häu
kieren); dem
müssen dan
n werden,
überh
sahlskom
zur Propo
00 Einwoh
wird. Es be
daß noch
in der w
st wird, der
Die Wä
mpfungen
müssen vier
r dieses
von 3 W
legt sein.
dem Wä
indessens
vonde Wä
Bartel. H
Wissen kan
ämtliche
geben. Jeder
n. Zwei
en und ge
tag, was
kann. Die
vor der
kbel wer
ein rein
menzahl
sodiel
ber zu
schid über
die Geme
immen
erteilte
Bauern
Zentrum
deutsche
Anspruch
zialdemo
lung der
3., 6., 8.,
ei den 5.,
13., 15.
chtig, weil
ach 3 Jah
ch das
glücht, Be
lspartei ha

immer bebauert, daß bisher keine Arbeiter im Gemeinderat vertreten gewesen seien, aber die Arbeiter hätten bisher selbst ihre Berufsgenossen nicht gewählt. Wenn irgend ein Mitglied des Gemeinderats ausscheidet, so folgt als Ersatzmann der nächste in dem betreffenden Wahlvorschlag. Die Stellung des Ortsvorstehers ist in dem Gesetz nicht verändert worden. Der Redner gab zum Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die Männer und Frauen, die in den Gemeinderat gewählt würden, als innerlich freie Staatsbürger wirken möchten in treuer Pflichterfüllung gegenüber der Allgemeinheit. Es werde, wenn sämtliche Interessengruppen auf dem Rathaus vertreten seien, auch nicht mehr notwendig sein, den Gemeinderat durch weitere Räte — seien es nun Arbeiter, Bauern oder Soldatenräte — zu kontrollieren. Die Gemeinderatswahl in hiesiger Stadt möge in Ruhe und Ordnung zum Wohl unserer Stadt verlaufen.

Ueber den Vortrag von Dr. Wölz werden wir morgen berichten.
Vertretung der württ. Industrie bei den Friedensverhandlungen.
Es ist in Württemberg vielfach bemängelt worden, daß die kürzlich veröffentlichte Liste der deutschen Vertreter zu den wirtschaftlichen Friedensverhandlungen keinen einzigen Angehörigen der württ. Industrie aufweise. Auf Antrag des Verbands Württ. Industrieller ist nun vom Auswärtigen Amt, Geschäftsstelle für Friedensverhandlungen, veranlaßt worden, daß zu den für die württ. Industrie in Betracht kommenden, bei der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen stattfindenden Besprechungen Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. Philipp Wieland von Ulm, Mitglied der Nationalversammlung, zugezogen werden wird.

Die Zukunft unserer Töchter.
Die grausame Härte der Gegenwart und die Unsicherheit der Zukunft unseres Volkes zwingen dazu, daß unsere heranwachsenden Töchter heutzutage sich beruflicher Tätigkeit zuwenden, um gegebenenfalls in den Kampf um ihre Existenz eintreten zu können, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, dabei zu unterliegen. Schneiderinnen, Buchbinderinnen, Friseurinnen, auch Gärtnerinnen, Kinder mädchen, sowie Hausangestellte überhaupt, sind gegenwärtig mehr gefragt und mehr gewürdigt, wie Bürofräulein. Der sogenannte „Gelegenheitsberuf“ und die einseitige Ausbildung um des bloßen „Lohngebeldes“ willen, sollten im neuen Deutschland je länger je mehr unmöglich sein, damit aber auch die eben darum ständig am Hungertuch nagenden Stickerinnen, Weißnäherinnen, Portseferinnen, auch Stückerinnen, Kranken- und Kinder mädchen ohne gründliche Vorbildung.

Freimachung von Arbeitsstellen.
Am 31. März ist die vom Demobilisationsamt erlassene Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation vom 28. März 1919 in Kraft getreten. Die Verordnung bezweckt, durch Zwangsentlassungen nicht erwerbsbedürftiger, sowie orts- und berufsständiger Arbeitnehmer in Handel und Industrie Arbeitsgelegenheit für den alten Angestellten- und Arbeiterstand zu schaffen. Die Ausführung liegt in der Hand der Demobilisationsausschüsse, die ermächtigt werden, innerhalb der von der Verordnung vorgezeichneten Richtlinien die Arbeitgeber zur Kündigung anzuhalten. Weigert sich der Arbeitgeber, so kann der Demobilisationsausschuß selber kündigen. Die Kündigungsfrist, mindestens 14 Tage, ist einzuhalten. Zur Vermeidung von Härten sind weitgehende Ausnahmen zugelassen, z. B. für verheiratete jugendliche. Soweit erforderlich, kann der Demobilisationsausschuß für jeden zu entlassenden Arbeitnehmer die Einstellung eines Arbeitslosen anordnen und zuwiderhandelnde Arbeitgeber mit Buße bis zu 3000 M belegen. Im übrigen sind Zwangsverhandlungen gegen die ergebenden Anordnungen der Demobilisationsbehörden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und Geldstrafe bis zu 10000 M strafbar.

Keine Angstverkäufe im Handwerk.
In letzter Zeit mehrten sich im Reich die Angebote solcher selbständiger Handwerker, die ihre Betriebe zu verkaufen wünschten. Ein Teil dieser Handwerker beabsichtigt, nach Friedensschluß auszuwandern. Demgegenüber wird von einer Reihe von Handwerkskammern vor solchen Angstverkäufen gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß für den deutschen Handwerker kein Grund zum Auswandern vorliegt. Es steht zu erwarten, daß sich in Jahresfrist die Verhältnisse so bessern werden, daß unsere Handwerker auch in der Heimat die Möglichkeit einer gesicherten Existenz haben.

Die Mitläufer des Spartakismus.
Stuttgart, 11. April. Aus dem glücklichen Zukunftsstaat Bayern, der Stadt München, kam der 20 Jahre alte Maschinenist Ludwig Schmeiler mit einem Revolver hierher, mit dem er sich an den unruhigen Tagen anfangs dieses Monats auf den alten Postplatz begab, sich unter die Menge mischte, auf die Regierungsstruppe schimpfte, einen Wagen bestieg und von da aus aufreizende Reden führte, obwohl er am Vormittag wegen seines gefährlichen Verhaltens schon einmal verhaftet war, aber wieder entlassen wurde. Der Angeklagte stellte die sonderbare Behauptung auf, er sei nur hierher gekommen, um Ordnung zu schaffen. — Für seine Lebenswürdigkeit erhielt er vom Kriegsgericht 4 Monate Gefängnis.

(S.B.) **Wiensteig b. Nagold, 11. April.** Der dreijährige Knabe der Schuhmachersfrau Henfler fiel hinter dem Wohnhaus in die Nagold, ohne daß der Vorgang beobachtet wurde. Das Kind wurde unterhalb der Kaufhausbrücke tot aus der Nagold gezogen. Der Vater des ertrunkenen Kindes ist seit Herbst vermisst.

Hechingen, 11. April. Bei einer in dem Hause eines Fabrikanten vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde eine große Menge Lebensmittel vorgefunden, so tauende von Eiern, größere Quanten frisches und Dauerfleisch, ferner Fett, Mehl, usw. Die Vorräte sind mit Beschlag belegt.

Kübingen, 12. April. Am 1. April ist hier eine Unversitätskinderklinik eröffnet worden.

(S.B.) **Kübingen, 9. April.** Das Ministerium des Reichs- und Schulwesens hat auf Grund von Verhandlungen mit den anderen deutschen Unterrichtsverwaltungen bestimmt, daß Ausländer an der hiesigen Unversität bis auf weiteres nur zugelassen werden, wenn die Plätze von Inländern nicht voll in Anspruch genommen werden. Ueber die Zulassung entscheidet das Ministerium.

Vöppingen, 11. April. Eine Bluttat vollführten letzten Montag im Gemeinewald Hochberg eine Anzahl Schloßberger Holzdiebe. Die Brüder Johannes und Karl Mayer von Hochberg luden laut Spitz- und Jagdzeitung Holz im Gemeinewald auf, das die Diebe dort gefällt hatten, um es heimzuführen. Wüßlich wurden sie von hinten mit Schüssen angegriffen und Johannes Mayer, der 4 Jahre im Felde gestanden und heil heimgekommen war, sank von einem Schrottschuß in die Brust zu Tode getroffen nieder. Auch sein Bruder Karl erhielt einige Schrote in die Arme. Die Unholde traktierten dann die Brüder Mayer noch mit Peitschen. Sechs der Tat Verdächtige sind verhaftet. Bei dem Abtransport der Verdächtigen von Hochberg wurden sie von der ersten Volksmenge trotz der Ermahnungen der Landjäger, sie zu schützen, mit einer tödlichen Traud Prügeln bedacht.

Schwenningen, 10. April. Wegen Veröffentlichung eines ihm vom Arbeitgeberverband zugegangenen Artikels über Lohnkürzung in der hiesigen Uhren-Industrie wurde vorgestern Abend der Reichsteurer Seig der Zeitung „Die Neckarquelle“ von einer demonstrierenden Menge schwer mißhandelt. Außerdem wurde bei Veröffentlichung weiterer derartiger Artikel mit Zerstörung der Druckerei gedroht.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dillinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Wiltberg.
Nadelstammholz-Verkauf.

Aus den Stadtwaldungen Kengel, Riesgrube, Langhalbe, Pifferting und Klosterwald kommen im schriftlichen Ausschreibungsverkauf:
Langholz 305 Fm., Sägholz 25 Fm. zusammen 330 Fm., darunter 130 Fm. Forchten in der Riesgrube und zwar Klasse I 11 Fm., Kl. II. 53 Fm., Kl. III. 135 Kl. IV. 88 Fm., Kl. V. 41 Fm., Kl. VI. 2 Fm.
Bedingungslose Angebote ausgedrückt in Ganzen und Zehntel-Prozenten der Forstpreise von 1919 des Forstverbandes Calw wollen verschlossen bis
Mittwoch, den 23. April 1919, vormittags 7 1/2 Uhr hier eingereicht werden.
Stadtschultheißenamt: Mutzler

Liebenzell.
Fahrnis-Versteigerung.
Wegen Wegzug verkaufe ich am Dienstag, den 15. April morgens 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr im Landhaus Charlotte, Wilhelmstraße:
Glas-, Porzellan- und Küchengeräte, 1 Liegestuhl, 1 Sekretär, Kommode, 1 Kasten, Stühle, verschied. Tische, Gartenmöbel, 1 Luxusstuhl, Gartengeräte, Schränke, 1 eis. Beistelle mit Marmor, Nachtsche, Kofferkästen, Garderobekasten und -Ständer, 1 Eisschrank, 1 Wäsche- und 1 Beerenpresse, Blumenständer, Drahtgitter, Vorhangstangen, 1 Spirituskocher mit 2 Flammen, Waschgarnituren, Bilder und Spiegel, Flaschen, Hasenstall, Sturzständer, Ofenschirme, blech. Waschkübel, Waschmaschine, ausgeblühte Vögel, 1 Delgenmalde, sowie allgem. Hausrat.
Liebhaber sind eingeladen.
Stadtinsp. Kolb.

Zugleich verkaufe ich von 11-12 Uhr
1 eich. Schlafzimmereinrichtung bestehend aus 2 vollständigen Betten, 1 Spiegelschrank, 1 Waschtisch mit Marmorkraus, 1 Nähmaschine, 2 Nachtsche, 1 Tisch 2 Sessel, 1 Handtuchständer
der Obige.

Hausierer und Kolporteurs
für einen neuen, leicht verkäuflichen, gewinnbringenden Maschinenartikel an allen Plätzen Württembergs gesucht. Einige hundert Mark nötig. Angeb. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Hausmädchen sow. Küchenmädchen gesucht.
Sanatorium Schwarzwaldheim Schömberg Station Liebenzell.

Molkereigenossenschaft Oberkollwangen
(Eingetr. G. m. u. H.)
Bilanz 1918.

Aktiva	M. S.	Passiva	M. S.
Rassenbestand	630.93	Geschäftsguthaben der Mitglieder	400.—
Wert der Maschinen und Gerätschaften	581.56	Reservefonds	165.97
Wert des Mobilars	112.97	Gewinnreserve	2164.96
Darlehen	1675.35	Sonstiges	20.—
Warenvorräte	180.—	Gewinn v. heuer	549.88
Verbrauchsgegenstände	120.—		
	3300.81		3300.81

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1918: 40, eingetretten 0, ausgeschieden 0.
Oberkollwangen, im April 1919.
Rechner: Bürkle. Vorstand: Lörcher, Lörcher.

Gesucht auf 15. Mai ordentliches zuverlässiges
Mädchen
Vorstellung erbittet:
Frau Apotheker Hartmann
Braves, fleißiges
Mädchen
für Hausarbeit sofort oder später gesucht.
Spöhrerische Höhere Handw. schule.
Suche jüngeres kinderliebendes
Mädchen od. Frau
zu 2 Kindern für den ganzen oder halben Tag. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Ein ordentliches
Mädchen
von 16-20 Jahren wird angenommen bei
Bädermeister Mögner, Pforzheim, Altkästerstr. 7
Mädchen gesucht
Wir suchen zum baldigen Eintritt für Zimmer- u. Hausarbeit in unsere Männerabtlg. ein fleißiges, tüchtiges, nicht zu junges Mädchen. Angebote an Verwalter S. Schuster, Volksheilstätte Charlottenhöhe, Post Calmbach a. E.

Flaschner-Lehrling gesucht.
Einen ordentlichen kräftigen Jungen nimmt in die Lehre. Angebote a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Alleinvertretung
für den Amtsbezirk Calw von einem täglich gebrauchten Massenartikel zu vergeben. Hoher Verdienst garantiert. Zur Uebernahme sind ca. M. 500.— erforderlich. Ang. u. S. 1752 an Haasenst. & Vogler, A.-G., Karlsruhe.

Kunsthefe
auch Pfundweise zu haben.
Paul Burthardt, Hefe-Niederlage, Bäckerei.

Sämtliche
Haararbeiten
fertigt rasch und billig
J. Dermatt Friseurmeister Calw.

Schön möbliertes
Zimmer
mit 2 Betten für junges Ehepaar sofort gesucht. Angebote werden entgegengenommen.
Stuttgarterstraße 425.

Forstamt Herrenberg, Stadtgemeinde Herrenberg, Gemeinden Affstatt und Nußringen.
Holzverkäufe.

1. Stark-Eichen l.-h. Kl. Am Freitag, den 25. April 1919 nachmittags 1 Uhr in der Sonne in Herrenberg.
Staatswaldbezirke Lindach u. Ketterleshalde: 33 Eichen mit Fm.: 20 Ia, 12 Ib, 14 IIa, 7 IIb, 2 IIIa, 1 IIIb. Herrenberger Stadtwald Abt. Urst. u. Unt. Sommerrain u. Fm.: 170 Eichen mit Fm. 88 Ia, 38 Ib, 49 IIa, 24 IIb, 25 IIIa, 11 IIIb, 3 IV. Kl. Affstatter Gemeinewald Dist. Brand: 30 Eichen mit Fm.: 8 Ia, 5 Ib, 16 IIa, 3 IIb, 5 IIIa, 3 IIIb. Nußringer Gemeinewald Abt. Alter Hau: 5 Eichen mit Fm.: 2 Ia, 4 Ib, 1 IIIa, 2. Schwächere Eichen und übriges Laubstammholz: Am Samstag, den 26. April 1919 nachm. 1 Uhr in der Post in Herrenberg. Staatswaldbezirke Lindach und Ketterleshalde: 123 Eichen mit Fm.: 1 IIIb, 9 IV, 23 V, 6 VI, 7 Rotbuchen mit Fm.: 1 IIa, 2 IIIa, 2 IV, 14 Weißbuchen mit Fm. 2 V, 2 VI, 19 Eichen mit Fm. 1 V, 2 VI, 61 Birken mit Fm. 14 V, 5 VI, 57 Linden mit Fm. 1 IV, 7 V, 7 VI, Herrenberger Stadtwald: 17 Eichen mit Fm. 2 IV, 3 V, 1 VI, 69 Rotbuchen mit Fm. 8 IIa, 24 IIIa, 12 IV, 27 Weißbuchen mit Fm. 1 IV, 3 V, 1 VI, 22 Birken mit Fm. 1 IV, 6 V, 3 Erlen mit Fm. 1 V, 2 Aspen mit Fm. 1 V. Losverzeichnisse u. Auszüge für das Holz aus dem Staatswald durch die Geschäftsstelle f. Holzverkauf der Forstdirektion Stuttgart, Militärstraße 15. Für das Holz der Stadtgemeind. Herrenberg durch die Waldkasse Herrenberg. Für das übrige Holz durch die betr. Schultheißenämter.

Einlaufen
olath. Pintscher, Salz u. Pfeffer, mit dunklem Saftel. Gegen Belohnung abzugeben: Neue Apotheke. Vor Ankauf wird gewarnt.

Unterzeichneter verkauft:
1 Feldküche
mit doppeltem Kessel u. Wasserschiff zu Backerei oder Brennerel geeignet.
1 bereits neuen
Kaufmischerwagen,
1 leichten
Federprüfchenwagen
(ca. 30 Str. Tragkraft) mit Patentachse und Bod., sowie
2 leichtere Rappferde
flotte Gänger, gut im Zug und fromm.
Georg Ursig, Wagnermstr. Bad Teinach.

Garten-Sämereien:
Stechbohnen, Stechzwiebel, Runkeln, Ekend rfer, Feld-Rübl n, sowie Speise-Mai-Knollen, Spargel und Senfsaat. Als Grünjutter, Grasfamen für Rasen- und Biergärten billigst
Geschw. Deuschle, Lederstr.

Alle Sichteleidende und Rheumatiker
können durch Böhlers Naturmittel von ihren Qualen und Schmerzen befreit werden.
Vorrätig:
Hirsch-Apotheke, Stuttgart, Apotheke Metzger, Urach, Hauptverband: Jakob Böhler, Urach, Spachstraße 22 (Württ.)

Sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler von Calw, die ihr bei den Wahlen zur Württembergischen Landesversammlung und zur Deutschen Nationalversammlung so machtvoll auf dem Plan erschienen seid, ruft Euch auf und stärkt die Partei durch Euren Beitritt, meldet Euch in der heute Abend von 7 1/2 Uhr an im „Bad. Hof“ stattfindenden Versammlung. Parole: tretet ein in den sozialdemokratischen Verein Calw.

Diebenzell, den 13. April 1919.

Todes-Anzeige

Statt jeder besonderen Anzeige!



Berwandten, Freunden und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Kath. Höfer Witwe,

geb. Kachler,

heute früh im Alter von 82 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Sohn: Paul Höfer mit Familie, Unteres Bad.

Die Beerdigung findet am 15. April, nachmittags 2 Uhr, statt.

Schwarze Damen-,
Kinder-Strümpfe
und Socken
Maschinenfaden
bei Desterlin, Hirtau.

Grüßliwunder

Eine Erlösung
für Jeden ist unser
Spranzband
Deutsches Reichs-Patent
Ohne Feder,
Ohne Schenkelriemen
Konkurrenzlos dastehend!
Abbildung und Beschreibung
kostenlos durch die Erfinder.

Gebr. Spranz, Unterkochen
(Württemb.) Nr. 134.

Sanitäts-
waren
Ritter-Drogerie
Calw.

Elise Krafft
Karl Köhler

grüßen als Verlobte

Bietigheim

Palmsonntag 1919.

Bietigheim

Calw

Berschönerungs-Berein Calw.

Zu der am Dienstag, den 15. ds., abends 8 Uhr in der „Bürgerstube“ (Emil Rau) stattfindenden

Hauptversammlung

werden unsere Mitglieder höflich eingeladen.

Tagesordnung: Auflösung des Vereins.

Der Vorstand.

Vaterländische Pflicht

jedes wahrhaft deutsch gesinnten ist es:

seinen eigenen Betrieb in Gang zu
halten, möglichst zu vergrößern;
andere Betriebe durch Erteilung
von Aufträgen zu beschäftigen.

Nur ein Handinhandarbeiten der gesamten deutschen Geschäftswelt kann den Niedergang verhindern und den Aufschwung herbeiführen. Die heimgekehrten Krieger haben ein Anrecht auf Arbeit. Der allgemeine Wahlspruch muss lauten:

Und jetzt erst recht!

Ottenbromm, 12. April 1919.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes und Bruders



Fritz Rathfelder

sowie für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang der Sänger, zuletzt für die vielen Kranzspenden, besonders von seinen Schulkameraden und dem Turnverein, und allen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten, sagen wir unsern herzlichsten, aufrichtigen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Die Mutter: Barbara Rathfelder
mit ihren Kindern.

DresdnerBank

Aktienkapital und Reserven
M 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Sozialdemokratischer Verein Calw.

Montag Abend 7^{1/2} Uhr im „Babilischen Hof“

Mitglieder-Versammlung

Wichtige Besprechungen erfordern es, das alle Mitglieder erscheinen. Mitgliedsbuch besonderer Umstände wegen mitbringen.

Insbesondere aber richten wir an alle diejenigen, die innerlich unserer Partei nahe stehen, das Ersuchen, dies jetzt auch nach außen zu bekunden durch den Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei.

In jeglicher Zeit muß sich ein Seider, Wählerin oder Wähler, für eine politische Partei entschließen. Beiseite stehen ist zwecklos. Zu dieser Versammlung sind auch die Frauen besonders eingeladen.

Der Vorstand.

Geschäfts-Anzeige!

Ich beehre mich Ihnen hierdurch die Anzeige zu machen, dass ich unter der Firma eine Filiale meines Handelshauses für

am hiesigen Platze errichtet habe.

Indem ich mir die Bitte erlaube, mein Unternehmen durch Ihr Vertrauen zu unterstützen, gebe ich Ihnen die Versicherung, dass ich stets bemüht sein werde, demselben durch strenge Rechlichkeit, sowie durch pünktliche und aufmerksame Bedienung stets zu entsprechen.

Sie wollen bitte von meiner Firma Kenntnis nehmen und empfehle mich Ihnen mit vorzüglicher Hochachtung.

Karl Strohfeldt.

Stammhaus Dresden.

Vertreter gesucht.

Filiale Calw, Marktplatz 69.

sächsisches Handelskontor, Inhaber Karl Strohfeldt,
technische Öle u. Fette, chemisch technische Erzeugnisse, Kosmetik, sowie Farben u. Lacke

Schneidermeister

die vorwärts kommen wollen, lesen die allwöchentlich erscheinende reich illustrierte Fachzeitung „Der Schneidermeister“ Hannover mit regelmäßig kostenlosen Modebildern. Probenummern kostenlos, jedoch nur an Fachleute.

Jeder Landwirt

findet sicher das größte Lager in

Pflügen und Eggen

mehrerer Fabrikate in der Maschinenshdlg.

Max Zucker, Weilderstadt,

Telefon Nr. 41.

Moderne Hausmusik

Gitarre- und Laute-Unterricht.

Kurse in 20 halben Stunden.

Paul Olpp, Telefon 92.

Per sofort ein schön möbl.

Zimmer

gesucht. Angebote unter E. N. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wasserschuhkrem färbt ab

und verschmiert die Kleider bei nasser Witterung.

Dr. Gentner's Delwachslederpuh



Nigrin

ist durch Wasser nicht lösbar, das Schuhzeug bleibt bei Regen absolut trocken und auch der tiefschwarze Glanz hält sich

Prompte Lieferung!

Hersteller, auch des so beliebten Parfüll- u. Einoleinwachs „Nobelin“: Carl Gentner, Göppingen (Würtg.)

1 Zinkbadewanne

mit Gasanschluß verkauft. Wer jagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Konstantes Maschinenfett

empfiehlt R. Sauber.

Landwirte

ihre kaufen bei

Maschinen
Geräte,
Ersatzteile
am Besten

bei

Max Zucker

Maschinen-

Handlung

Weilderstadt.

Eigene Reparaturwerkstätte
Grosses Lager.